

4. Die auch nach dem den Einlenken Saddam Husseins in der Inspektionsfrage fortbestehende Angriffsdrohung gegen den Irak wird im Kontext des „Krieges gegen den Terrorismus“ propagiert. Zu den gravierendsten Nebenfolgen der militärisch verengten Auseinandersetzung mit Terrorgewalt gehört die Verrohung der internationalen Politik. Jeder rechtswidrige Übergriff, den ein antiterroristisches Motiv bemäntelt, kann inzwischen auf Nachsicht oder gar Billigung zählen. Russland bombardiert das Pankisi-Tal im souveränen Nachbarland Georgien. Israel nimmt die arabische Bevölkerung der Westbank und des Gaza-Streifens in Geiselhaft. Pakistan und Indien bedienen sich wechselseitig terroristischer Praktiken, um eigene Anhänger zu unterstützen und die des Kontrahenten zu schwächen. In allen drei Krisenregionen – Tschetschenien, Palästina, Kaschmir – ist die Suche nach einer politischen Konfliktlösung praktisch zum Erliegen gekommen. Dabei wäre nichts geeigneter, den Nährboden terroristischer Auflehnung dauerhaft zu beseitigen, als das Ende der langandauernden Bürgerkriege.

5. Der nächste Golfkrieg ist noch längst nicht abgesagt. Die Bundesregierung hat entschieden, sich daran weder mit Soldaten noch mit Geldleistungen zu beteiligen. Sie sollte sich diese Entscheidung von niemandem abhandeln lassen. Der Griff zu den Waffen ist zulässig zur Abwehr einer gewaltsamen Aggression. Anders als im Sommer 1990 begehrt der Irak keine militärische Aggression. Er wäre mit Aussicht auf Erfolg dazu wahrscheinlich nicht einmal imstande. Ohne die ernsthafte Ausschöpfung aller gegebenen politischen Lösungsmöglichkeiten wäre der Griff zu den Waffen ein Akt der Willkür. Jede Regierung, die daran mitwirkt, sei es durch militärischen Beistand, logistische Hilfe oder politische Unterstützung, übernimmt Mitverantwortung. Für die Folgen, für die Opfer, für die Toten.

**Der Kongress muss über einen Irak-Krieg abstimmen. Eine Petition amerikanischer Historiker vom 13. September 2002 (Wortlaut)**

*1200 amerikanische Historikerinnen und Historiker haben sich am 13. September mit einer Petition an den US-Kongress gewandt (die am 17. September als ganzseitige Anzeige in der „New York Times“ erschien). Die Unterzeichner bitten die Kongressmitglieder eindringlich, ihre verfassungsmäßigen Rechte geltend zu machen und die Entscheidung über einen etwaigen Krieg gegen den Irak nicht dem Präsidenten allein zu überlassen. Bush selbst erwägt einen Kriegsbeginn ohne Abstimmung im Kongress – so wie es bei allen US-Militäreinsätzen nach dem Zweiten Weltkrieg der Fall gewesen ist. Der Text wurde von Joyce Appleby und Ellen Carol DuBois von der University of California verfasst; zu den Unterzeichnern zählt der frühere Kennedy-Berater Arthur Schlesinger jr. – D. Red.*

Wir, die unterzeichnenden amerikanischen Historiker, bitten unsere Kongressmitglieder eindringlich, ihrer verfassungsmäßigen Verantwortung gerecht zu werden, indem sie darüber debattieren und abstimmen, ob dem Irak der Krieg erklärt werden soll oder nicht. Wir tun dies, weil das amerikanische Volk Anspruch darauf hat, seine Vertreter das Für und Wider eines möglichen Krieges erörtern zu hören, damit eine Entscheidung von solcher Tragweite nicht vom Präsidenten alleine getroffen wird, nachdem die Öffentlichkeit mit Gerüchten, Indiskretionen und Spekulationen abgespeist wurde.

Wir richten diese Bitte an unsere Senatoren und Abgeordneten, weil der Kongress seine Befugnisse in Sachen Kriegserklärung seit über einem halben Jahrhundert nicht geltend gemacht hat. Dies überlässt dem Präsidenten die alleinige Kontrolle über die Rechtsvollmachten für den Kriegsfall – zum Nachteil unserer Demokratie und in klarer Verletzung der Verfassung.

Wir halten es für besonders dringlich, dass der Kongress seine Befugnisse diesmal erneut geltend macht, da ein Angriff auf den Irak, so er denn stattfindet, eine amerikanische Initiative wäre. Während des Präsidentschaftswahlkampfes im Jahre 2000 gab es keine Erörterung der Irakfrage, daher kann die Wahl George W. Bushs nicht als Mandat für einen Angriff in Anspruch genommen werden. Nur eine Debatte der gewählten Repräsentanten Amerikas kann eine ernsthafte öffentliche Abwägung der Kosten, Risiken und Ratsamkeit eines solchen Krieges herbeiführen.